

PROF.DR.MED.KARL ÜBERLA

PRÄSIDENT DES BUNDESGESUNDHEITSAMTES

Berlin, den 29. März 1985

Herrn Dr. Heiner Geißler
Bundesminister für Jugend,
Familie und Gesundheit
Postfach 20 04 90
5300 Bonn 2

*Herrn Staatssekretär Chor heute persönlich
übergeben. 29.3.Überla*

Sehr geehrter Herr Minister Geißler

es ist mir unter den derzeitigen Bedingungen unmöglich, das Bundesgesundheitsamt so zu führen, wie ich es für geboten halte. Ich bitte Sie daher erneut um meine Entlassung aus dem Bundesdienst gemäß § 30 Bundesbeamtengesetz, und zwar zum frühestmöglichen Termin, dem 15. April 1985. Dem bestehenden Doppeldienstverhältnis folgend will ich zu diesem Zeitpunkt auf den Lehrstuhl an der Universität zurückkehren und wieder wissenschaftlich arbeiten.

In der Öffentlichkeit sind seit Monaten in teilweise reißerischer Form Vorwürfe gegen mich erhoben und Vermutungen und Verleumdungen geäußert worden, die das Amt belasten. Ich weise alle Unterstellungen einer Interessenkollision zurück.

Ich bin es dem Amt schuldig, dass ich seinen guten Ruf und die hohe Motivation seiner Mitarbeiter erhalte. Ich klebe nicht am Amt und will es nicht länger mit einer Diskussion belasten, die meine Mitarbeiter verunsichert.

Die Vorwürfe sind durch Ihr Haus einer eingehenden Prüfung unterzogen worden. Im Ausschuss für Jugend, Familie und Gesundheit und im Rechnungsprüfungsausschuss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags ist dazu berichtet worden, und ich bin in beiden Ausschüssen befragt worden.

Obwohl ich einige Presseorgane gerichtlich zu Gegendarstellungen gezwungen habe, dauert die Diskussion an. Das Amt hält eine derartige Kampagne nicht lange aus, ohne Schaden zu nehmen. Ich sehe keine andere Möglichkeit, die öffentliche Diskussion nach zu beenden, außer durch meinen Rücktritt.

Im Verhältnis zu den Aufgaben ist die personelle Ausstattung des Amtes unzureichend. Die sich immer weiter öffnende Schere zwischen dem, was vom Amt verlangt wird, und dem, was an Personen zur Verfügung steht, kann nicht auf die Dauer auf dem Rücken der Mitarbeiter ausgetragen werden. Hier weiß ich mich einig mit dem Personalrat, und hier liegt die eigentliche Wurzel der Kritik, die am Amt geübt werden kann, das die erforderlichen Stellen immer beantragt, aber nicht erhalten hat.

Die Genehmigung meines gleichzeitigen Dienstverhältnisses zur Universität München wird Ihrer Maßgabe entsprechend im nächsten Jahr enden. Ich möchte diesen Zeitpunkt nicht abwarten. Die Öffnung des Amtes zur Wissenschaftlichen Welt und die dauernde Verbindung zur Universität ist für mich ein wesentlicher Teil meiner Amtslinie.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Kopie an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München.